

Demagogische und demokratische Kriegspolitik.

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 28. Juni.

Ueber die Entstehung der berühmten Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände, die so viel Unheil und Verwirrung gestiftet hat, macht jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ nähere Angaben. Danach haben zunächst der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Bund der Industriellen, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband und der Hansabund eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der um Freigabe der Erörterung der Kriegsziele ersucht wurde. Zugleich wurde eine vertrauliche Denkschrift an den Reichskanzler angeregt, in der die Kriegsziele der sechs Verbände näher dargelegt werden sollten. Der Hansabund indes — und das macht seinem politischen Verstand alle Ehre — zog sich mit der höflichen Erklärung, daß ihm die Zeit für eine solche Eingabe noch nicht gekommen zu sein scheine, von dem Geschäft vorsichtig zurück und an seine Stelle sprang der Westfälische Bauernverein als Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine ein. Die ursprüngliche Denkschrift vom 10. März 1915 trug zunächst nur die Unterschrift von fünf Verbänden; erst als die Eingabe am 20. Mai 1915 mit näheren Ausführungen wiederholt wurde, waren es sechs.

Hinter den Vorständen jener Verbände stehen viele Hunderttausende von Mitgliedern; freilich hatten sie den Vorständen nur die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen anvertraut und wohl nie daran gedacht, daß sie dazu berufen seien, in einer weltpolitischen Farce ersten Ranges die Rolle von stummen Statisten zu übernehmen. In einem Verband, dessen Mitglieder durch Uebereinstimmung in wirtschaftspolitischen Fragen zusammengehalten sind, gibt es über wünschbare und erreichbare Kriegsziele ebensowenig eine festgefügte, einheitliche Meinung als in irgend einem Regel- oder Rauchklub. Wenn die Verbandsvorstände für ihre Eingabe die Autorität ihrer sämtlichen Mitglieder in Anspruch nahmen, so war das an sich schon ein lächerlicher Unfug.

Wenn aber die Verbandsmitglieder für den ungeheuerlichen politischen Fehler dieser Eingabe auch nicht verantwortlich gemacht werden können, so ist es doch schon schlimm genug, daß sich die Vorstände, die doch in der Welt etwas gelten und bedeuten, zu einem solchen Akt des schlimmsten politischen Dilettantismus hinreißen ließen. Die volle Freigebung der Kriegszieldebatte wäre schon deshalb erwünscht, um den Herren Gelegenheit zu einer Neußerung darüber zu geben, ob sie an ihrem „Programm“ auch heute noch festhalten oder ob auch sie endlich eingesehen haben, daß die Geschichte so einfach nicht zu machen ist.

Die Regierung hat geglaubt, die schädliche Wirkung der Eingabe durch Mittel der Zensur aufheben zu können. Das ist ihr, wie zu erwarten war, nicht gelungen. Richtiger wäre es gewesen, wenn sie die Veröffentlichung gestattet und die Eingabe in einer offiziellen Erklärung mit rücksichtsloser Offenheit auf ihren wahren Wert zurückgeführt hätte. Der Reichskanzler hat im Gespräch mit den Parteiführern — wie wir jetzt aus Scheidemanns Breslauer Rede erfahren haben — aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, er hat ihnen offen gesagt, wie er über die Eingabe denkt. Daß er — aus Gründen vermeintlicher Opportunität — das nicht vor der Volksgesamtheit aussprach, war ein schwerer Fehler.

Es war einer in der Reihe von Fehlern, die in der Kriegspolitik gemacht worden sind und die sich noch einmal bitter rächen werden, wenn auch die Sozialdemokratie ständig bemüht ist, ihre Wirkung abzuschwächen. Statt der demokratischen Kriegspolitik, die wir brauchen, hat man, trotz Zensur, eine demagogische Kriegspolitik walten lassen, die das wirkliche Kräfteverhältnis verschleiert und unklare Hoffnungen weckt.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratie stets nach den Grundsätzen einer demokratischen Kriegspolitik gehandelt. Sie hat gesagt, daß Deutschland nur im Sinne eines ehrfrohlich geführten Verteidigungskrieges Sieger in diesem gewaltigen Ringen bleiben kann. Alle Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, daß diese Auffassung richtig ist. Wäre aber diese Auffassung von vornherein nicht nur von der Sozialdemokratie mit der gebotenen Klarheit und Entschiedenheit vertreten worden, so wäre es nicht möglich gewesen, das feindliche Ausland in einen solchen Taumel des Hasses gegen Deutschland zu versetzen, und die Friedensströmungen draußen wären schon längst ebenso stark, wie sie es bei uns sind.

Eine demagogische Kriegspolitik hat mit ihrer Großsprechererei und ihren unsinnigen Drohungen unendlichen Schaden angerichtet. Sie hat die Einigkeit draußen gestärkt und diese im Innern zerstört. Das Mittel der Zensur hat ihr gegenüber vollkommen versagt. Darum ist es dringend notwendig, daß die Diskussion über die Kriegsziele endlich einmal freigegeben wird, daß eine nüchterne Darstellung der wirklichen Kriegslage nicht gehemmt, sondern möglichst gefördert wird.